



Das bestehende Hochspannungsnetz kann den künftig von Windkraftanlagen in der Nordsee erzeugten Strom nicht aufnehmen. Deshalb will E.ON gegen den massiven Widerstand von Anwohnern eine neue Freileitung durch die Wildeshäuser Geest ziehen. FOTO: RAINER WEISFLOG

# Neuer Funken im Stromstreit

## Freileitungsgegner in der Wildeshäuser Geest blicken hoffnungsvoll nach Berlin

Von unserem Redakteur  
Krischan Förster

**GANDERKESEE.** Seit Monaten schwellt der Streit um die geplante Stromtrasse von St. Hülfe nach Diepholz. Bislang ohne Ergebnis. Während der Investor E.ON möglichst billig bauen will, regt sich bei den Anwohnern massiver Widerstand. Nun könnte ein Gesetzesvorhaben der Bundesregierung die verhärteten Fronten aufweichen.

Grund sind die Pläne für ein so genanntes Infrastrukturbeschleunigungsgesetz, mit dessen Hilfe bundesweit Bauvorhaben durch den Wegfall von Klageinstanzen beschleunigt werden sollen. Im Entwurf ist auch eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes vorgesehen, durch die eine Verlegung von Erdkabeln ermöglicht und erleichtert werden könnte. „Wir wollen abwarten, wie das Ganze ausgeht“, sagt Joachim Vollmer, Energieexperte des niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes. Nach der gestrigen Sitzung des Arbeitskreises „Windenergiestrassen“ packte das Gremium deshalb eine neue Forderung auf den Tisch. „Das vom Land bereits eingeleitete Raumordnungsverfahren sollte ausgesetzt werden, bis der Bund eine Entscheidung gefällt hat“, erklärt Vollmer unserer Zeitung.

Im Berliner Kabinettsentwurf sind acht Neubaustrecken mit insgesamt 850 Kilometern Länge aufgeführt. Ausdrücklich erwähnt ist auch die neue Trasse von St. Hülfe nach Diepholz. Der Energiekonzern E.ON will die 60 Kilometer mit einer Freileitung durch die Wildeshäuser Geest überbrücken. Alle 300 Meter würde dann ein 70 Meter hoher Mast in den Boden gerammt. Dagegen macht seit Monaten die Bürgerinitiative „Vorsicht Hochspannung“ mit mehr als 2600 Mitgliedern mobil.

Ein Punkt ist unstrittig: Die neue Hochspannungsleitung wird gebraucht. Mit den geplanten Offshore-Parks in der Nordsee steigt die Stromerzeugung aus Windkraft dramatisch an, das niedersächsische Netz



ist dafür zu schwach. Neue Leitungen müssen her, darunter auch die von St. Hülfe nach Diepholz. Neben eine Verschönerung der Landschaft fürchten die Anwohner der umgebenden Gemeinden vor allem den gefährlichen Elektromog – und fordern daher eine Erdverkabelung. „Zu teuer“, hieß es dagegen bei E.ON. Die Kosten wären mit 200 Millionen Euro allerdings nicht um das Achtfache, wie von E.ON behauptet, sondern nur doppelt so teuer als bei einer Freileitung, hatte eine Studie des Oldenburger Instituts ForWind im September vergangenen Jahres ermittelt. Woraufhin der Städtebund, der sich von Anfang an auf die Seite der betroffenen Anwohner gestellt hatte, das Kostenargument umgehend als unhilffähig bezeichnete.

Nun können die Widerständler neuen Mut schöpfen. Bis zu zehn Prozent aller neuen Stromleitungen, so die Überlegung in Berlin, könnten künftig unterirdisch verlegt werden. Sofern die Strecke durch sensible Areale wie Wohnsiedlungen oder Schutzgebiete führt, könnte die Planfeststellungsbehörde sogar ermächtigt werden, die Verlegung eines Erdkabels vorzuschrei-

ben. Die Mehrkosten sollen nach Informationen des SPD-Bundestagsabgeordneten Rolf Kramer (Bassum) auf die Nutzungsentgelte umgelegt werden. Soweit der Entwurf. „Bundes- und Landespolitiker haben immer wieder darauf verwiesen, dass der Ausbau der Netze nur einvernehmlich mit Kommunen und Anwohnern erfolgen soll“, betont Vollmer. „Jetzt sollen sie zu ihrem Wort stehen.“

Das Land Niedersachsen hatte nach Veröffentlichung des ForWind-Gutachtens eine Wirtschaftlichkeitsstudie angekündigt, die zusätzlich Beeinträchtigungen für Anwohner und den Tourismus durch die geplante Stromtrasse berücksichtigen soll. Denn auch das für Raumordnung zuständige Agrarministerium hatte stets darauf verwiesen, dass ein reiner Kostenvergleich noch keine Vorentscheidung bedeute.

Dass übereifrige Investoren ausgebreitet werden können, hatte das Land zudem vor gut einem Jahr bewiesen. Die Berliner Firma „Windland“ wollte eine 190 Kilometer lange Trasse von Dornum und Wilhelmshaven aus nach Süden bis ins Ruhrgebiet schlagen. Das Raumordnungsverfahren wurde vom Landwirtschaftsministerium jedoch auf Eis gelegt. „Das war eine Planung auf Verdacht ohne hieb- und stichfeste Begründung“, hieß es damals.

Ursprünglich war sogar von bis zu sieben neuen Stromtrassen allein im Weser-Ems-Gebiet die Rede. Nun soll nach dem Willen des Landes möglichst ein einziger Korridor genügen, um den Offshore-Strom gebündelt weiter zu leiten. Wo am günstigsten und mit den geringsten Folgen gebaut werden kann, soll das neue Raumordnungsgesetz regeln, das ebenfalls im Entwurf vorliegt. „Sicher, preisgünstig und umweltverträglich“, heißt es darin, müssten die neuen Leitungen verlegt werden. „Und in erster Linie menschenverträglich“, fordert Vollmer. Das Preisargument müsse gestrichen werden. Auch in diese Debatte wolle sich der Städtebund noch kräftig einmischen.